

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Gewerkschaft der Polizei Brandenburg Großbeerenstraße 185 14482 Potsdam

Potsdam, 01. August 2024

Freie Demokratische Partei Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle

Dortustraße 53 14467 Potsdam M: lvbrb@fdp.de T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Gewerkschaft der Polizei Brandenburg

Frage 1

Um ausreichend Nachwuchs für die Brandenburger Polizei zu gewinnen, muss die Polizei, bzw. das Arbeiten im Staatsdienst, attraktiver werden. Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die Einstellungsmöglichkeiten an der Hochschule der Polizei zu besetzen und Experten (bspw. IT, Wirtschaft, Recht) als Tarifmitarbeiter für die Polizei zu gewinnen?

Antwort der FDP Brandenburg

In Zukunft müssen für den Polizeidienst weiterhin verantwortungsbewusste und qualifizierte Anwärter gewonnen werden. Dies funktioniert nur, indem der Polizeiberuf wirtschaftlich attraktiv gehalten wird und innerhalb der Polizei bei entsprechender Leistung Aufstiegs- und Weiterentwicklungschancen geschaffen werden. Auch in Zukunft muss gewährleistet bleiben, dass Polizeianwärter dem physischen, vor allem aber dem psychischen Druck, der sie im Dienst erwartet, gewachsen sind. Echte berufliche Aufstiegschancen innerhalb des Polizeidienstes sowie die bessere Abbildung besonderer Qualifikationen, Erfahrungen und Tätigkeiten im Rahmen des Besoldungsrechtes sind Teil unserer Agenda. Daher fordern wir auch eine grundsätzliche Neuordnung der Laufbahnen, um zum Beispiel die Schaffung von Funktionsstellen für spezifische Themen (etwa im Bereich der Herausforderungen der Digitalisierung) zu erleichtern. Wir stehen dafür ein, dass sich unsere Polizeivollzugskräfte auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Bestehende Dokumentationspflichten sind kritisch zu prüfen und auf das zu reduzieren, was rechtsstaatlich notwendig und geboten ist. Wir wollen die Zahl der Polizeiverwaltungsangestellten erhöhen, die sich um administrative Tätigkeiten wie Schreibarbeiten und Datenverarbeitung kümmern. Wir schaffen Wohnheimplätze für alle Anwärter, die das wollen.

Frage 2

Der Polizeidienst verlangt den Kolleginnen und Kollegen beispielsweise durch Wechselschichtdienst, Dienst zu unregelmäßigen Zeiten oder aufgrund der Bearbeitung von stark belastenden Sachverhalten und letztendlich auch dem Einsatz von Leib und Leben entschieden viel ab. Welche Maßnahmen planen sie, um gesundheitliche Auswirkungen abzufedern und den besonderen Einsatz besser wertzuschätzen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir sind uns der enormen Belastungen bewusst, die der Polizeidienst, insbesondere durch Schichtarbeit und unregelmäßige Dienstzeiten, mit sich bringt. Um unsere Polizistinnen und Polizisten besser zu schützen, setzen wir auf verstärkte Gesundheitsvorsorge, einschließlich psychologischer Unterstützung, und verbesserter Arbeitsbedingungen (siehe hierzu u.a. Antwort auf vorherige Frage). Außerdem befürworten wir die Einführung spezieller Prämien für besonders belastende Einsätze, um die Anerkennung für diese schweren Aufgaben zu

erhöhen. Zudem werden wir sicherstellen, dass der Dienstherr für Unfälle oder Verletzungen, die während der Dienstausübung entstehen, in voller Höhe eintritt.

Frage 3

Wie stehen Sie zu der Einführung von Quellen-TKÜ, Möglichkeiten der Online-Durchsuchung als auch dem Einsatz von Bodycams im privaten Wohnraum zur Bekämpfung von schweren und schwersten Straftaten sowie der Terrorismusabwehr, bzw. welche anderen Maßnahmen halten Sie für geeignet, um der aktuellen Kriminalitätsentwicklung zu begegnen?

Antwort der FDP Brandenburg

Die Nutzung von Bodycams in Wohnungen und auf privaten Grundstücken befürworten wir als Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle. Der Einsatz von Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen jedoch schwächt die Sicherheit unserer IT-Infrastruktur und verletzt Bürgerrechte. Wir lehnen diese konsequent ab. Dass die Vorratsdatenspeicherung gegen die Grundrechte verstößt, ist höchstrichterlich geklärt. Mit dem Quick-Freeze-Verfahren als effektives und grundrechtsschonendes Instrument schaffen wir Rechtssicherheit und ein wichtiges Instrument für die Ermittlungsbehörden. Es wird bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität helfen.

Frage 4

Eines der wichtigsten Vorhaben für die Zukunftsfähigkeit der Polizei ist die Digitalisierung und die bundesweite Harmonisierung von Bearbeitungssoftware, die nicht durch den Haushalt des MIK zu stemmen ist. Welche Maßnahmen für eine dauerhafte Finanzierung von Beschaffung/Aktualisierung von Technik und Software sowie den permanenten Ausbau der IT-Infrastruktur der Polizei planen Sie?

Antwort der FDP Brandenburg

Brandenburg braucht eine Polizei, die digital fit ist. Deshalb setzen wir uns für einen schnelleren Strukturausbau im Informationswesen der Polizei Brandenburg ein. Wir sehen aber die Herausforderungen, die mit der Umstellung auf eine digitale Verwaltung einhergehen, insbesondere im polizeilichen Bereich. Wir sind uns bewusst, dass die zusätzlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die mit der Digitalisierung einhergehen, eine Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellen können. Unser Ziel ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich zu unterstützen, damit die Umstellung auf die digitale Verwaltung erfolgreich und mit möglichst geringen Belastungen erfolgen kann. Um diese Belastung abzufedern und die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich zu unterstützen, setzen wir auf folgende Maßnahmen:

- Ressourcenbereitstellung: Wir werden sicherstellen, dass ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte zur Verfügung stehen. Dies ermöglicht eine angemessene Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die zusätzlichen Aufgaben bewältigen zu können
- Schulung und Weiterbildung: Wir werden verstärkt auf Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen setzen, um die Kompetenzen der Beschäftigten im Umgang mit digitalen Arbeitsprozessen zu stärken. Dies kann sowohl die technische Schulung als auch die Vermittlung von digitalen Kompetenzen umfassen.
- 3. Arbeitszeitgestaltung: Wir werden uns für eine ausgewogene Arbeitszeitgestaltung einsetzen, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, die zusätzlichen Aufgaben im Rahmen ihrer regulären Arbeitszeit zu bewältigen. Hierbei werden wir auf flexible Lösungen achten, um Überbelastung zu vermeiden.
- 4. <u>Anerkennung und Wertschätzung</u>: Die zusätzlichen Anstrengungen, die die Beschäftigten im Zuge der Digitalisierung leisten, werden wir angemessen anerkennen und wertschätzen. Dies kann durch eine transparente Kommunikation, öffentliche Anerkennung oder finanzielle Anreize erfolgen.

Frage 5

Um ein moderner Arbeitgeber zu werden, braucht es ein modernes Laufbahnrecht. Wie stehen Sie zur Abschaffung der Stellenplanobergrenzen, der Reformierung der Dienstpostenbewertung innerhalb aller Laufbahngruppen, der umfassenden Nutzung der Laufbahndurchlässigkeit, sowie der Anhebung des Eingangsamtes für den Polizeivollzugsdienst auf A 9 bei zeitnaher Beförderung der A9-Bestandskollegen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Laufbahnrechts ein, um die Polizei als modernen und attraktiven Arbeitgeber zu stärken. Die Abschaffung der Stellenplanobergrenzen, eine flexible Dienstpostenbewertung und die Nutzung der Laufbahndurchlässigkeit stehen dabei im Vordergrund. Insbesondere unterstützen wir die Anhebung des Eingangsamtes im Polizeivollzugsdienst auf A 9 und die zeitnahe Beförderung der A9-Bestandskollegen, um die Motivation zu verbessern.

Frage 6

Mehr als die Hälfte unserer Kolleginnen und Kollegen arbeitet dauerhaft im Schichtdienst. Die weitreichenden gesundheitlichen Belastungen hierdurch sind hinreichend belegt. Wie stehen Sie zu einer Kürzung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende bzw. welche anderen Maßnahmen planen Sie, um dem hohen Krankenstand und der damit einhergehenden angespannten Personalsituation entgegenzuwirken?

Antwort der FDP Brandenburg

Angesichts der nachgewiesenen gesundheitlichen Belastungen durch Schichtarbeit wollen wir eine Anpassung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende prüfen.

Frage 7

Im §110 Abs. 5 LBG wird die Altersgrenze für besonders belastende Tätigkeitsbereiche (Wach- und Wechseldienst, Schichtdienstleistende) in der Polizei geregelt. Wie stehen Sie zur Aufnahme der BePo und weiterer Bereiche, die ebenfalls eine erhöhte körperliche Belastung durch Dienst zu unregelmäßigen Zeiten erfahren (beispielsweise Fahndungs- und Observationseinheiten) in diese Regelung?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen die Erweiterung der Regelungen des §110 Abs. 5 LBG, um weitere belastende Tätigkeitsbereiche wie die der Bereitschaftspolizei und spezialisierte Einheiten, die mit unregelmäßigen Dienstzeiten konfrontiert sind, einzuschließen. Dies würde den Rechtsrahmen an die tatsächlichen physischen und psychischen Belastungen anpassen und die Arbeitsbedingungen gerechter gestalten.

Frage 8

Mit der Polizeizulage sollen die besonderen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes abgedeckt werden, beispielsweise die Bereitschaft, in Erfüllung der übertragenen Aufgaben Leben und Gesundheit einzusetzen. Die besonderen Belastungen wirken auch nach Beendigung der aktiven Dienstes nach. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit; auch für Bestandspensionäre?

Antwort der FDP Brandenburg

Für uns Freie Demokraten ist essenziell, dass die finanzielle Absicherung auch nach dem aktiven Dienst die besonderen Anforderungen des Polizeiberufs widerspiegelt. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist daher ein wichtiges Anliegen für uns. Diese Maßnahme würde die Anerkennung für die langfristigen Belastungen, die Polizistinnen und Polizisten in ihrer Karriere erleben, deutlich verbessern.

Frage 9

Wie stehen Sie zu dem aktuellen Brandenburger Besoldungsniveau im Vergleich zum Bund und den anderen Bundesländern und welche Maßnahmen planen Sie, eine Besoldung zu erreichen, die wettbewerbsfähig ist und die Attraktivität des Landes Brandenburgs als Arbeitgeber erhöht?

Antwort der FDP Brandenburg

Die Besoldung brandenburgischer Polizistinnen und Polizisten liegt deutlich unter dem Bundesschnitt. Dem amtierenden CDU-Innenminister ist es nicht gelungen, für eine angemessene Besoldung zu sorgen. Wir wollen, dass das Land Brandenburg als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Eine leistungsfähige Verwaltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Für uns steht daher außer Frage, dass schnellstmöglich dafür Sorge getragen werden muss, auf allen Ebenen eine anständige Besoldung herzustellen. Wir wollen darüber hinaus eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente vornehmen. Auch wollen wir prüfen, ob die Vergütungsstrukturen des öffentlichen Dienstes noch im richtigen Verhältnis zu den Strukturen außerhalb des öffentlichen Dienstes stehen. Insbesondere sollte auch der höhere Dienst aus unserer Sicht flexibler und finanziell attraktiver werden, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die klügsten Köpfe bestehen und neue Herausforderungen wie im Bereich IT/Digitalisierung meistern zu können.

Frage 10

Wie stehen Sie zu einer Anerkennung von gesellschaftlichem Engagement im Ehren- oder Nebenamt bspw. durch eine Regelung zur Gewährung von Sonderurlaubstagen für die vielen Kolleginnen und Kollegen, die über die Maße Dienst an der Gesellschaft leisten?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir befürworten die Anerkennung von gesellschaftlichem Engagement im Ehren- oder Nebenamt durch die Gewährung von Sonderurlaubstagen. Dies würde nicht nur die gesellschaftliche Verantwortung unserer Beamten honorieren, sondern könnte auch die Verbundenheit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft stärken.